

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ob wir es wollen oder nicht: Rechtsextremismus ist ein ernstzunehmendes, strukturelles Problem aller Industriegesellschaften.

Rassismus und Radikalismus, gleich welcher Color, deshalb nur auf die Bundesrepublik Deutschland, den mitteldeutschen Raum oder gar nur auf Magdeburg zu fokussieren hieße die Komplexität dieses Problems zu verkennen.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist natürlich die Gesellschaft und dazu gehören wir alle!

Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, mangelnde Entwicklungs- und Bildungschancen, Mangel an Jugend- und Freizeitzentren werden oft als Ursachen für extremistische Entwicklungen genannt.

Aber sind das die alleinigen Ursachen?

Eine bedeutende Rolle bei der Entstehung rechtsradikaler Gesinnung spielt die familiäre Situation. Und es ist genauso erwiesen, dass Schulerfolg und elterliche Kontrolle als wichtige Protektionsfaktoren angesehen werden müssen.

Es ist auch erwiesen, dass es vor allem Jugendliche und junge Erwachsene sind, die anfällig für extremistisches Gedankengut ist. Und obwohl es sich dabei vor allem um junge Männer mit niedrigem bis mittlerem Bildungsabschluss handelt, sind fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen in allen sozialen Schichten nachweisbar.

Das ist schon bedenklich.

Haben wir es nicht in der Vergangenheit versäumt die Vorzüge der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung in entsprechender Weise herauszustellen?

Es ergibt sich eine Vielzahl von Fragen und Problemen um dieses brennende, aktuelle gesellschaftliche Problem.

War die Gesellschaft, unsere freiheitlich, demokratische Rechtsordnung, möglicher Weise zu tolerant?

Man muss sich fragen, wie sich jeder Einzelne in seinem Einflussbereich verhalten hat.

Denn es ist doch klar, dass wir im Stadtrat von Magdeburg die zu Grunde liegenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen nicht beseitigen können.

Ungeachtet dessen hat es keinen Sinn die Probleme anderer anzuprangern oder wie es oft geschieht, den Staat für dieses Problem, für die Entstehung aber auch für notwendige Lösungen, verantwortlich zu machen.

Nach unserer Auffassung kommt es darauf an in unserem Einflussbereich durch ein konzertiertes Herangehen aller demokratischen Parteien und ich betone in diesem Zusammenhang, auch aller demokratischen Organisationen und der Vereine, den extremistischen Vereinigungen den Boden zu entziehen.

Es ist die Politik der kleinen Schritte, der vielen kleinen Initiativen, durch die wir in unserem politischen Einflussbereich tätig und wirksam werden können und müssen.

In diesem Sinn können wir uns den von der SPD-Fraktion geäußerten Vorschlag, dass Magdeburger Sportvereine keine Mitglieder extremistischer Vereinigungen aufzunehmen, voll anschließen. Wir würden allerdings noch weiter gehen und alle Vereine und Vereinigungen mit einbeziehen.

Allerdings steht auch fest, dass man sich aller Orten einig ist, dass Gewalt und Radikalismus nicht hingenommen werden können und dürfen. Über die Mittel und Wege wie Fremdenfeindlichkeit und Gewalt aber zurückgedämmt werden können wird trefflich gestritten.

Das ist das Problem!

Aus diesem Grund ist eine aktuelle Debatte, ein Gedankenaustausch zum Extremismus im Stadtrat von Magdeburg schon eine gute und richtige Sache.

Noch besser wäre es allerdings, und das ist mein Vorschlag, wenn sich alle im Stadtrat vertretenen Faktionen dazu durchringen könnten eine gemeinsame Magdeburger Erklärung gegen den Rechtsradikalismus zu verabschieden.

Lassen Sie uns gemeinsam einen Aktionsplan geeigneter Maßnahmen gegen rechts erarbeiten und umsetzen. Verzichten Sie u.U. auf parteipolitische Akzente wenn es um die Sache geht.

Nur ein einheitliches Handeln aller demokratischen Kräfte kann ein erfolgreiches Handeln sichern.